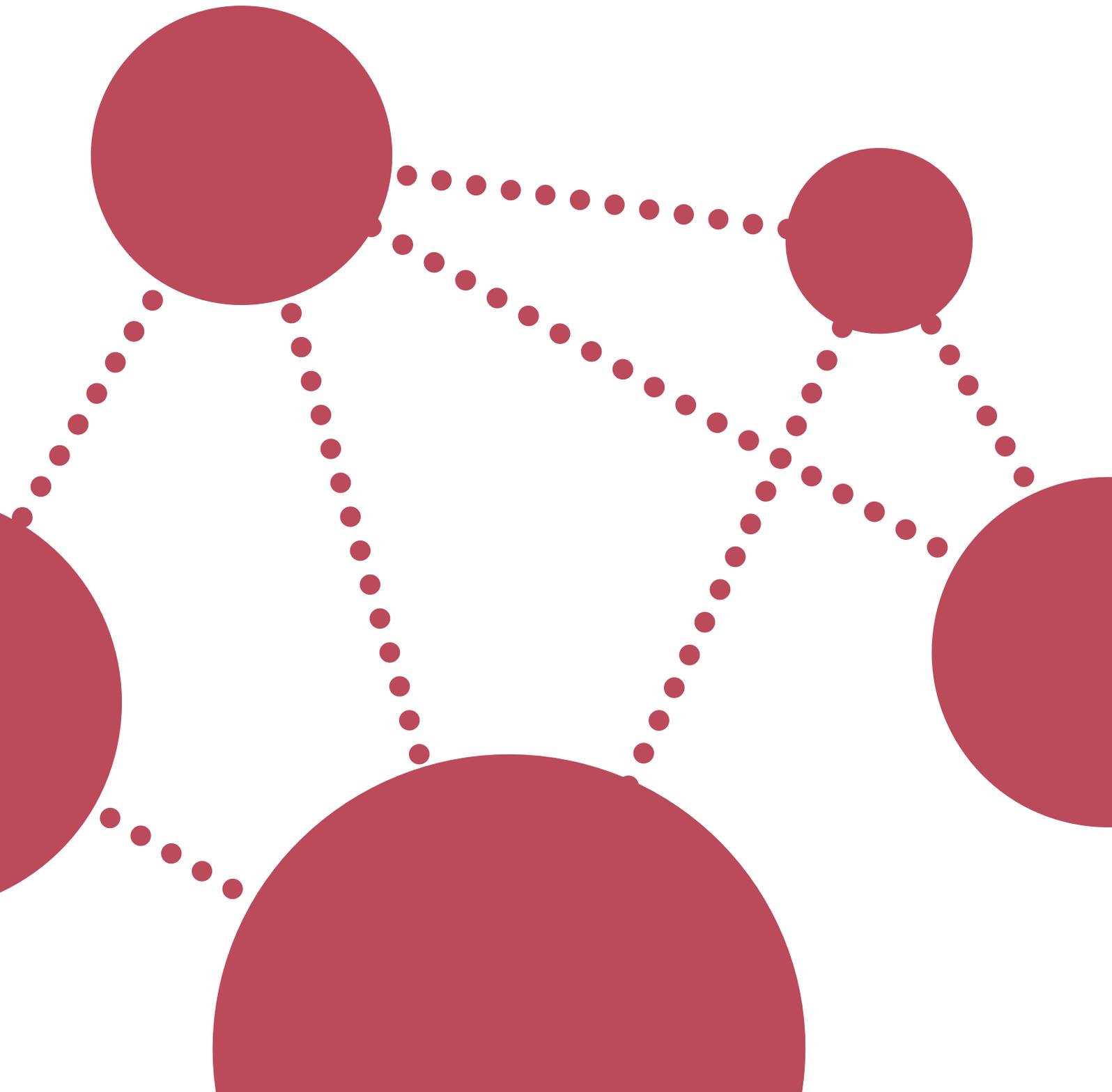


NeSoVe

NETZWERK SOZIALE VERANTWORTUNG

JAHRESBERICHT
2020



Netzwerk Soziale Verantwortung
Jahresbericht 2020

Redaktion

Tina Rosenberger, BA BA

Impressum

Eigentümer, Herausgeber und Verleger

Netzwerk Soziale Verantwortung
c/o KSÖ
Schottenring 35/DG
1010 Wien

Tel: 0660/88 35 409

office@sozialeverantwortung.at

ZVR-Nummer: 069638267

Bankverbindung:
IBAN: AT45 1400 0171 1002 6943
BIC: BAWAATWW



Diese Veröffentlichung wird aus Mitteln der Arbeiterkammer Steiermark gefördert und mit Unterstützung der PRO-GE vervielfältigt.

Vorwort

von Tina Rosenberger, BA BA, Geschäftsführerin

Die Coronakrise verdeutlichte schlagartig, nicht nur die Bedeutung von globalen Lieferketten, sondern auch wie dringend es endlich verbindliche Regeln für Unternehmen braucht. Unternehmen stornierten Bestellungen bei ihren Zulieferbetrieben und weigerten sich für bereits produzierte Waren zu bezahlen. In Folge wurden Millionen ArbeiterInnen arbeitslos. Ebenfalls im Frühjahr 2020 kündigte der EU-Justizkommissar Didier Reynders an, 2021 einen Vorschlag für ein EU-Lieferkettengesetz vorzulegen und betonte dabei, dass „eine Regulierung ohne Sanktionen (...) keine Regulierung“ sei. Ein längst überfälliger Schritt, denn das seit Jahrzehnten propagierte Dogma der freiwilligen Selbstverpflichtungen ist fulminant gescheitert. Dies zeigt sich tagtäglich, wenn für unsere Schokolade noch immer rund 1,5 Millionen Kinder unter ausbeuterischen Bedingungen auf westafrikanischen Kakaoplantagen schufteten müssen. Nicht nur auf EU-Ebene, sondern auch auf nationaler Ebene wurde der Ruf nach verbindlichen Regeln für Unternehmen immer lauter. Während in Deutschland auf Regierungsebene intensive Diskussionen über das Lieferkettengesetz geführt wurden, wurde in der Schweiz Ende November 2020 über die Konzernverantwortungsinitiative abgestimmt. Im Zuge der Abstimmung sprachen sich 50,7% der Stimmberechtigten für eine verbindliche Regulierung von Konzernen aus. Allerdings scheiterte die Konzernverantwortungsinitiative an der fehlenden Mehrheit der Kantone.



Es ist Zeit, dass es auch in Österreich endlich verbindliche Regeln für Unternehmen gibt! Aus diesem Grund starteten wir als Treaty Allianz Österreich die Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze! - Damit Lieferketten nicht verletzen!“. Die Kampagne fordert ein Lieferkettengesetz in Österreich und in der EU sowie Unterstützung für das UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten! Auf UNO-Ebene wird bereits seit einem halben Jahrzehnt über das sogenannte UN-Treaty verhandelt. Das UN-Abkommen wäre ein historischer Meilenstein, um die Straflosigkeit von Konzernen zu beenden. Doch auch im Jahr 2020, als Österreich nicht nur Mitglied des UN-Menschenrechtsrates war, sondern sogar die Präsidentin stellte, beteiligte sich Österreich nicht aktiv an den Verhandlungen. Doch gerade vor dem Hintergrund der Coronakrise sind verbindliche Regeln für Unternehmen dringend notwendig. Umso wichtiger ist der Druck aus der Zivilgesellschaft, gemeinsam mit zahlreichen NGOs und Gewerkschaften werden wir uns auch im nächsten Jahr auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene dafür einsetzen, dass Menschenrechte und die Umwelt vor Profitinteressen gestellt werden!

Tina Rosenberger

Selbstverständnis des NeSoVe

Der Verein fordert die Durchsetzung von sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien als Grundprinzipien des Handelns von Unternehmen.

Ziel des Vereins ist es, für alle Unternehmen verpflichtende gesetzliche Regeln auf nationaler, EU- und internationaler Ebene auf hohem Niveau zu bewirken. Regulative Maßnahmen können – wo sinnvoll – durch freiwillig eingegangene Verpflichtungen (CSR-Maßnahmen) ergänzt werden, sofern anspruchsvolle und verifizierbare bzw. kontrollierbare Regeln festgelegt werden.

Dabei ist der Verein der Überzeugung, dass die Festlegung gesellschaftlich wünschenswerter Handlungsweisen von Organisationen und Maßnahmen zu ihrer Umsetzung sowohl auf freiwilliger als auch auf allgemein verbindlicher Ebene eine öffentliche Aufgabe ist, die demokratisch legitimierten Institutionen obliegt. Eine Übertragung und damit Privatisierung dieser Aufgabe auf Unternehmenskreise und von diesen kontrollierten Stakeholder-Dialogen ist daher abzulehnen.

Durch den Zusammenschluss gibt der Verein den von Unternehmenspolitik betroffenen Stakeholdern (ArbeitnehmerInnen, VerbraucherInnen und NGOs) ein stärkeres Gewicht und verbessert damit die Bedingungen zur Durchsetzung gesellschaftlicher Verantwortlichkeit als Prinzip des wirtschaftlichen Handelns. Der Verein lobbyiert in diesem Sinne auf nationaler und europäischer Ebene, unterstützt den Zusammenschluss nationaler Netzwerke für Corporate Accountability (im Sinne von verbindlicher Unternehmensverantwortung), kontrolliert unternehmerisches Handeln und Verstöße gegen soziale, gesellschaftliche, arbeitsrechtliche, ökologische und menschenrechtliche Standards, sowie den Widerspruch von Anspruch und Wirklichkeit sogenannter CSR-Maßnahmen. Darüber hinaus sensibilisiert der Verein die Öffentlichkeit zu Fragen der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen in Politik und Wirtschaft.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der BAO.



Verein

Geschäftsführerin

Tina Rosenberger, BA BA

Vorstand

Mag. Stefan Grasgruber-Kerl (Südwind), Vorstandsvorsitzender

Mag. Andrew Lindley (Betriebsrat, Austrian Institute of Technology, AIT),
Finanzreferent

Prof.em. Peter Degischer (transform.at), Schriftführer

Mag. Daniel Görgl (AUGE/UG)

Mag. Herbert Wasserbauer (DKA)

Mag. Lukas Schmidt (FIAN) – bis Juli 2020

Mag.^a Elisabeth Beer (kooptiert)

RechnungsprüferInnen

Heidemarie Ambrosch (transform.at)

Mag. Dr. Nikolaus Ludwiczek (Südwind)

Generalversammlung

Die Mitgliederversammlung fand am 6. Oktober 2020 in den Räumlichkeiten der ksoe statt. Der Vorstand wurde statutengemäß entlastet. Elisabeth Beer wurde als kooptiertes Mitglied neu in den Vorstand gewählt. Herbert Wasserbauer (DKA) wurde in seinem Amt bestätigt.

Jahresabschluss 2020

Einnahmen in Euro		Ausgaben in Euro	
Mitgliedsbeiträge	7.830,00	Personalkosten	21.860,96
Förderungen	35.722,97	Infrastruktur	1.688
Sonstige Einnahmen	3.066,68	Honorare, Dienstleistungen Dritter	2.470,5
Habenzinsen	0,11	Sonstiges & Bankspesen	653,85
Einnahmen gesamt	46.619,76	Ausgaben gesamt	26.673,31
Dotierung Rücklage	12.375,00		
Jahresüberschuss: 7.571,45 €			
Vermögen per 31.12.2020: 36.099,61 €			

Mitglieder

Ordentliche Mitglieder

Zivilgesellschaftliche Organisationen (NGOs, ArbeitnehmerInnenvertretungen) können ordentliche Mitglieder werden, d.h. sie haben Stimmrecht und ihre Vertretungen können in den Vorstand gewählt werden. 2020 zählt der Verein 21 ordentliche Mitglieder:

> ARGE Weltläden



> Attac



> Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/UG (AUGE/UG)



> Betriebsrat des Austrian Institute of Technology (AIT)



> Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar (DKA)



> FAIRTRADE Österreich



> FIAN



> Finance & Trade Watch



> Globale Verantwortung (AG für Entwicklung und Humanitäre Hilfe)



> HORIZONT 3000



> Katholische Jugend Österreichs (kjoe)



> Katholische Sozialakademie Österreichs (ksoe)



> Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte (BIM)



> ÖBV - Via Campesina



> Österreichische Liga für Menschenrechte



> Produktionsgewerkschaft (PRO-GE)



> Südwind



> The World of NGOs



> transform!at



> Volkshilfe Wien



> ZARA – Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit



Außerordentliche Mitglieder

Andere Institutionen sowie interessierte Einzelpersonen können außerordentliches Mitglied werden. Derzeit hat der Verein 3 außerordentliche Mitglieder.

Mitgliedschaften & Bündnisarbeit

ECCJ

Der Verein ist Mitglied der „European Coalition on Corporate Justice“ (ECCJ) mit Sitz in Brüssel. NeSoVe hat bei der virtuellen Generalversammlung im Mai 2020 teilgenommen.



AG Rohstoffe

2016 formierte sich die Arbeitsgemeinschaft Rohstoffe mit dem Ziel der Sensibilisierung für soziale und ökologische Wirkungen von Rohstoffabbau -verarbeitung, und -nutzung und bei Wirtschaft und Politik für die Etablierung sozialer und ökologischer Kriterien in der Rohstoffpolitik zu lobbyieren. Die AG wurde durch NeSoVe, DKA – Hilfswerk der katholischen Jungschar, Südwind, Finance & Trade Watch und Global 2000 gegründet und ist seither um das Jane Goodall Institut – Austria, weltumspannend arbeiten und RepaNet gewachsen. Sie wird von der ÖFSE wissenschaftlich begleitet. Im Jahr 2020 stand das von der ADA geförderte Projekt „Rohstoffe fair und zirkulär!“ im Fokus.

Treaty Allianz

2014 wurde auf UN-Ebene der Prozess für ein verbindliches Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten („TNC Treaty“) angestoßen. Die internationale Treaty Alliance umfasst mittlerweile über 1100 Organisationen und Bewegungen weltweit. Ende 2016 schloßen sich auch in Österreich zivilgesellschaftliche AkteurInnen und ArbeitnehmerInnenvertretungen zusammen um für das Treaty zu lobbyieren, die Anzahl ist seither auf 15 angewachsen. Der Prozess ist einer der Schwerpunkte des NeSoVe, das Netzwerk bringt sich daher koordinierend in der Arbeitsgruppe in Österreich ein. NeSoVe war auch 2020 wieder in Genf bei den Verhandlungen anwesend und traf die ständige Vertretung Österreichs. Im Vorfeld der Verhandlungen führten wir Gespräche mit VertreterInnen des Außenministeriums.



Kampagne: Menschenrechte brauchen Gesetze!

Am 7. Oktober 2020, dem Welttag für menschenwürdige Arbeit, startete die Kampagne "Menschenrechte brauchen Gesetze! Damit Lieferketten nicht verletzen". Die Kampagne wird von der Treaty Allianz getragen und durch das NeSoVe koordiniert.



Damit Ausbeutung in der Textilindustrie kein Leiberl hat und uns Kinderarbeit nicht in die Tüte kommt, brauchen wir Regeln für Unternehmen. Daher fordert die Kampagne ein Lieferkettengesetz in Österreich und in der EU sowie Unterstützung für das UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten. Mit der Kampagne machen wir darauf aufmerksam, dass Kinderarbeit, Zwangsarbeit und die Verfolgung von GewerkschafterInnen noch immer an der Tagesordnung stehen. Nachdem abwarten und Tee trinken den ArbeiterInnen auf den Teeplantagen nicht hilft, braucht es PolitikerInnen, die handeln.

Lieferkettengesetz in Österreich und in der EU



In ganz Europa wurde 2020 über die verbindliche Regulierung von Unternehmen diskutiert. Nachdem in Frankreich bereits seit 2017 ein Lieferkettengesetz existiert, gab es im Vorjahr nun auch auf EU-Ebene und in anderen Ländern Bewegung in dieser Debatte. EU-Justizkommissar Didier Reynders kündigte einen Vorschlag für ein EU-Lieferkettengesetz an, die deutsche Regierung diskutierte monatelang intensiv über ein nationales Lieferkettengesetz und

in der Schweiz fand die Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative statt. Auch in Österreich braucht es endlich ein Lieferkettengesetz! Doch damit ein Lieferkettengesetz auch wirklich Menschenrechte und Umweltschutz liefert, muss es sowohl auf nationaler Ebene, als auch auf EU-Ebene zentrale Elemente beinhalten. Hierzu zählen menschenrechtliche sowie umweltbezogene Sorgfaltspflichten und die zivilrechtliche Haftung. Zudem muss sichergestellt werden, dass es die gesamte Lieferkette berücksichtigt und für alle Sektoren gilt. Daher ist es notwendig, dass die österreichische Regierung einen Entwurf für ein Lieferkettengesetz vorlegt und sich auch auf EU-Ebene konstruktiv im Prozess für ein EU-Lieferkettengesetz einsetzt.

UN-Treaty

Von 26. bis 30. Oktober 2020 fand die sechste Verhandlungsrunde zum UN-Treaty statt. Das Abkommen soll sicherstellen, dass Unternehmen Verantwortung für ihre gesamte Lieferkette übernehmen, dies schließt wirtschaftliche Aktivitäten im Ausland mit ein. So soll es Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen u.a. den Zugang zu Rechtsmitteln erleichtern. Aufgrund der Covid19-Pandemie wurde die Verhandlungsrunde erstmals in einem hybriden Format abgehalten. Über 30 Staaten sowie zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter auch die Treaty Allianz Österreich, waren vor Ort in Genf. Als Treaty Allianz beteiligten wir uns aktiv mit mehreren Stellungnahmen an den Diskussionen. Gerade vor dem Hintergrund, dass Österreich zu dem Zeitpunkt nicht nur Mitglied des UN-Menschenrechtsrates war, sondern sogar dessen Präsidentin stellte, muss das fehlende Engagement Österreichs im Rahmen der Verhandlungen kritisiert werden. Österreich hätte aufgrund dieser Position eine besondere Verantwortung gehabt, sich aktiv und konstruktiv in die Verhandlungen einzubringen. Doch auch die Delegation der EU beteiligte sich nur passiv an den Verhandlungen. Dieser Umstand hängt mit dem fehlenden Mandat der EU-Kommission zusammen. Erst mit einem diesbezüglichen Mandat könnte sich die EU-Delegation aktiv beteiligen. Darauf bezieht sich auch die Vertretung der österreichischen Delegation, wenn sie betont, lediglich eine Position vertreten zu können, die jener der EU entspricht. Dass es auch anders geht, zeigte die aktive Teilnahme Frankreichs. Fakt ist: Die Verhandlungen werden seit einem halben Jahrzehnt geführt. Ein Zeitraum, in dem es durchaus möglich sein müsste, eine Position zu entwickeln.

Mehr Infos zur Kampagne #MenschenrechtebrauchenGesetze:

- > Kampagnenwebsite: www.menschenrechtebrauchengesetze.at
- > Facebook: [Netzwerk Soziale Verantwortung](#)
- > Twitter: [@NeSoVe](#)
- > Instagram: [@nesove.at](#)

Projekte

Projekt „Arbeitsausbeutung in der Lieferkette erfolgreich bekämpfen“

Im Rahmen des Projekts „Arbeitsausbeutung in der Lieferkette erfolgreich bekämpfen“ wurde eine Recherche durchgeführt, die dazu diente ausführlich ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zu analysieren. Hierbei wurde ein breites Spektrum an Sektoren untersucht, denn Arbeitsausbeutung ist leider noch immer ein fester Bestandteil der bestehenden Produktionsweise. Sie ist in der Landwirtschaft sowie der Fischindustrie genauso verbreitet, wie in der Elektronikindustrie, der Textilindustrie, dem Bergbau und der Baubranche. Der Griff in das Supermarktregal bedeutet in der Regel noch immer den Kauf eines Produkts, in dem Arbeitsausbeutung steckt und im schlimmsten Fall sogar Kinderarbeit oder Zwangsarbeit. Dies gilt für frisches Gemüse und Obst genauso wie für Thunfisch, Schokolade, Kaffee und Produkte mit Palmöl. Auch in den Lieferketten unserer Smartphones, Laptops, T-Shirts und Schuhe werden die Rechte von ArbeiterInnen tagtäglich missachtet. Wichtig ist dabei festzuhalten, dass Arbeitsausbeutung nicht nur im Zuge von komplexen Lieferketten in Ländern des globalen Südens stattfindet, sondern auch auf den österreichischen Feldern, wo ErntearbeiterInnen einen zu niedrigen Lohn erhalten.

Das Projekt verfolgt das Ziel zu untersuchen, welchen Beitrag Gütesiegel und Zertifikate leisten können, um die oben beschriebene Arbeitsausbeutung, zu bekämpfen. Hierfür wurden die Schwerpunkte dieser Siegel und Zertifikate analysiert und mehr als zehn ExpertInnen interviewt. Gegenstand der Analyse waren u.a. der GOTS, MSC, FSC, RSPO und UTZ. Wichtig ist in diesem Kontext, dass zwischen unterschiedlichen Zertifikaten und Gütesiegeln differenziert wird. Eine wesentliche Problematik besteht darin, dass die vorgeschriebenen Standards nicht implementiert werden. So beinhalten zahlreiche Gütesiegel Verweise auf die Kernarbeitsnormen der ILO, in der Praxis kommt es dennoch dazu, dass die Rechte von ArbeiterInnen verletzt werden.

Gütesiegel und Zertifikate können nur einen begrenzten Beitrag zur Bekämpfung von Arbeitsausbeutung entlang von globalen Lieferketten leisten. Zur Bekämpfung von Arbeitsausbeutung braucht es die Implementierung von verbindlichen Regeln für Unternehmen. Die Ergebnisse der Analyse wurden in einer Publikation zusammengefasst. Zudem wurden sie in mehreren Vorträgen u.a. in Kooperation mit der VHS Wien präsentiert. Das Projekt wird vom Sozialministerium sowie der AK Wien gefördert.

Projekt „Rohstoffe fair und zirkulär“

NeSoVe beteiligte sich am von der ADA geförderten Projekt „Rohstoffe fair und zirkulär“ der AG Rohstoffe. Anfang März diskutierten wir im Zuge einer Speakers Tour mit unseren internationalen Gästen Au Lap Hang aus Hongkong und Yefferson Rojas Arango aus Kolumbien über die Folgen des globalen Rohstoffabbaus. Au arbeitet für LESN (Labour Education and Service Network), einer in Hongkong ansässigen NGO, die in China aktiv ist und sich dem Themenkomplex migrantischer Arbeit, Gewerkschaften und Arbeitsrecht widmet. Yefferson ist Mitbegründer des kolumbianischen Jugendkollektivs COSAJUCA, das Widerstand gegen das La Colosa- Bergbauprojekt in der Gemeinde Cajamarca leistete.



Gemeinsam mit ihnen thematisierten wir, woher die Rohstoffe unserer Smartphones und Laptops kommen, die aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken sind. Weiters wurde diskutiert welche Maßnahmen es braucht, um eine verantwortungsvolle Lieferkette zu garantieren und Menschenrechtsverletzungen sowie Umweltschäden im Zuge des Rohstoffabbaus und der Verarbeitung zu verhindern. Im Rahmen der Schwerpunktwoche gab es mehrere öffentliche Veranstaltungen, um Bewusstsein zu schaffen. Neben einem JournalistInnen-Workshop gab es u.a. eine öffentliche Diskussionsveranstaltung bei der gemeinsam mit weiteren ExpertInnen aus unterschiedlichen Bereichen diskutiert wurde, wie eine Rohstoffwende aussehen kann und Menschenrechtsverletzungen sowie Umweltschäden in Zukunft verhindert werden können.



Auswahl an öffentlichen Veranstaltungen und Lobbygesprächen

- > 3. März: JournalistInnen-Workshop der AG Rohstoffe

- > 4. März: Veranstaltung der AG Rohstoffe: #Rohstoffwende – Wie machen wir Österreich durch eine neue Rohstoffstrategie fit für die Zukunft?

- > 7. Oktober: Aktion zum Start der Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze!“ am Platz der Menschenrechte

- > 15. Oktober: Austausch mit Gerhard Doujak, BMEIA, Abteilung 1.7 gemeinsam mit anderen Mitgliedern der österreichischen Treaty Allianz

- > 23. Oktober: Austausch mit Gerhard Doujak, BMEIA, Abteilung 1.7 gemeinsam mit anderen Mitgliedern der österreichischen Treaty Allianz

- > 28. Oktober: Austauschtreffen mit dem Ständigen Vertreter Österreichs in Genf Yannis Fotakis

- > 26.-28. Oktober: Teilnahme an UN-Verhandlungen zum Treaty (6. Arbeitsgruppensitzung) in Genf inkl. schriftlicher und mehrerer mündlicher Stellungnahmen

- > 11. Dezember: Austausch mit Ulrike Butschek, Abteilung 1.7 gemeinsam mit anderen Mitgliedern der österreichischen Treaty Allianz

- > 16. Dezember: Workshop in Kooperation mit weltumspannend arbeiten

- > 18. Dezember: Vortrag in Kooperation mit der VHS Wien

- > 21. Dezember: Vortrag in Kooperation mit der VHS Wien

Medienberichte

- > 4. Juni - Ö1: Was macht eigentlich... das „NeSoVe“ oder „Netzwerk Soziale Verantwortung
- > 16. Juli - Salzburger Nachrichten: Lieferketten: Wo Verantwortung nicht endet - <https://www.sn.at/wirtschaft/welt/lieferketten-wo-verantwortung-nicht-endet-90260017>
- > 7. Oktober - OTS: Menschenrechte brauchen Gesetze - https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20201007_OTS0066/menschenrechte-brauchen-gesetze
- > 24. Oktober - OTS: Österreich in der Verantwortung für historisches UN-Abkommen für Unternehmensverantwortung - https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20201024_OTS0010/oesterreich-in-der-verantwortung-fuer-historisches-un-abkommen-zu-unternehmensverantwortung
- > 9. Dezember - Moment Magazin: Ein Lieferkettengesetz für Österreich soll das Ende der Ausreden für Konzerne sein - <https://www.moment.at/story/ein-lieferkettengesetz-fuer-oesterreich-soll-das-ende-der-ausreden-fuer-konzerne-sein>
- > 9. Dezember - OTS: Manfred Nowak, Ulrich Brand & Zivilgesellschaft: "Menschenrechte brauchen Gesetze!" - https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20201209_OTS0153/manfred-nowak-ulrich-brand-zivilgesellschaft-menschenrechte-brauchen-gesetze
- > 10. Dezember - meinbezirk.at: Lieferkettengesetz soll heimische Unternehmen in die Pflicht nehmen - https://www.meinbezirk.at/innere-stadt/c-politik/lieferkettengesetz-soll-heimische-unternehmen-in-die-pflicht-nehmen_a4389855
- > 16. Dezember - kontrast.at: Konzerne müssen auch für ihre Zulieferer verantwortlich sein – nur so beenden wir Kinderarbeit und die Zerstörung der Erde - <https://kontrast.at/konzerninitiative-lieferkette-oesterreich-verantwortung/>
- > Dezember - GPA: Menschenrechte brauchen Gesetze: Damit Lieferketten nicht verletzen - <https://www.gpa.at/themen/internationales/archiv/menschenrechte-brauchen-gesetze--damit-lieferketten-nicht-verletzen>
- > Dezember - Lateinamerika Anders: Menschenrechte brauchen Gesetze! - <https://lateinamerika-anders.org/menschenrechte-brauchen-gesetze/>

Ausblick 2021

Die Kampagne „Menschenrechte brauchen Gesetze!“ wird auch im Jahr 2021 fortgeführt und im Zentrum unserer Arbeit stehen. Mit zahlreichen Aktionen sowie mit einer Petition werden wir weiterhin auf das Thema aufmerksam machen. Besonders wichtig wird hierbei sein, ob der Entwurf der EU-Kommission, wie versprochen tatsächlich im Jahr 2021 präsentiert wird und aus welchen Elementen dieser bestehen wird. Von Bedeutung wird hierbei sein, ob der Entwurf eine zivilrechtliche Haftung beinhalten wird. Denn nur diese stellt sicher, dass Betroffene von Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden auch entschädigt werden. Weiters freuen wir uns darauf neue UnterstützerInnen für unsere Kampagne zu gewinnen! Denn auch in Österreich braucht es ein großes zivilgesellschaftliches Bündnis, um Druck zu machen. Sowohl in der Schweizer Konzernverantwortungsinitiative, als auch in der deutschen Initiative Lieferkettengesetz formierten sich über 120 Organisationen und Gewerkschaften, um sich für eine verbindliche Regulierung von Konzernen einzusetzen.

Zudem startete Ende 2020 auch die europaweite Kampagne „Unternehmen zur Verantwortung ziehen“. Die u.a. von ECCJ, dem ÖGB und der AK initiiert wurde. Nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch europaweit organisieren sich Gewerkschaften und NGOs, um gemeinsam ein starkes EU-Lieferkettengesetz einzufordern.

Darüber hinaus werden wir uns in einem vom Sozialministerium geförderten Projekt, den Auswirkungen der Coronakrise auf die Arbeitsbedingungen entlang von globalen Lieferketten widmen. Im Zuge des Projekts soll aufgezeigt werden, wie verbindliche Regeln für Unternehmen zur Bekämpfung der Coronakrise beitragen können.

